



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 02. November 2010
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Hans-Peter Schickel (SPD)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 32/10

(Drucksachenband 152)

Drucksachenlisten DL Nrn. 34/10

(Drucksachenband 153)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der stellv. Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0095 Tagesordnung

1. Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.
2. Die Beratungsfolge der einzelnen Tagesordnungspunkte richtet sich nach der Anwesenheit der Bericht erstattenden Verwaltung.

Einstimmig

0096 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 31.08.2010 wird genehmigt.

Einstimmig

0097 10-F-02-0034

Neuer elektronischer Personalausweis (nPA)
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 27.10.2010 -

Stv. Reitz begründet den Antrag.

Zu diesem Punkt ist Frau Paul anwesend, die bestätigt, dass es bei dem Zuschuss von 6 € bleibt. Zu den von Stv. Reitz nachgefragten Online-Angeboten kann sie nur bedingt antworten, da parallel zu dem neuen Ausweis das Projekt „Online-Dienste“ läuft, das von Frau Rubbel betreut wird. Sie werde aber mit Frau Rubbel ein Formular erarbeiten für Bürger/innen, die umziehen und viele städt. Ämter anschreiben müssen. Dezernat VII wird außerdem u. a. anbieten, Wahlscheine über den neuen Personalausweis zu beantragen.

Wie Dezernat I/ITM mit dem nPA umgehen will, ist unklar. Im Moment steht noch nicht fest, welche Ämter den nPA nutzen wollen - auch dazu kann nur ITM etwas sagen.

Der nPA ist seit dem 01.11.2010 erhältlich. Die Umstellung ist reibungslos gelaufen. 170 Anträge wurden gestellt - das ist das Dreifache von der sonst üblichen Ausgabemenge.

Der neue Ausweis unterscheidet sich in 3 Bereichen von dem alten:

- online mit PIN-Nr.
- Biometrisches Lichtbild
- Fingerabdrücke (freiwillig)

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Gerade diese Unterschiede brächten auch den hohen Zeit- und Beratungsaufwand mit sich (ca. 3-facher Bedarf). Es müssten viele Formulare unterschrieben werden, gerade wegen des Fingerabdrucks gäbe es umfangreiche Nachfragen.

Man habe deshalb auch eine weitere Sitzungsvorlage vorbereitet, die sich mit erhöhtem Personalbedarf beschäftigt. Man müsse aber schauen, ob sich der Aufwand dauerhaft erhöht.

Zu den höheren Personalkosten kämen erhöhte Sachkosten:

Bundesdruckerei - höhere Produktionskosten

EDV-Kosten erhöht

Nach einer Hochrechnung des Gesetzgebers werden ca. 3 Stellen mehr benötigt. Die 6 €, die als Zuschuss gezahlt werden, reichen nicht aus, um die Mehrkosten zu decken. Es werden ca. 35.000 bis 40.000 € Mehrkosten jährlich erwartet.

Stv. Reitz fragt nach, ob der Jeder, der den nPA hat, sich auch online frei schalten lässt. Dabei sei die Datensicherheit ein Problem. Es gäbe verschiedene Lesegeräte und er möchte wissen, ob das Bürgerbüro in Bezug auf die Lesegeräte berät.

Frau Paul weist darauf hin, dass das Risiko des/der Einzelnen sei, welches Lesegerät angeschafft wird. Datenschützer raten zu Lesegeräten mit eigener Tastatur. Bei einem solchen Lesegerät müsse die PIN frei geschaltet und eingegeben werden, ansonsten muss die PIN über die Tastatur des Rechners eingegeben werden. Es fragen hauptsächlich junge Leute diesen Dienst nach, die sich aber sicher mit den Gegebenheiten auskennen.

Stellv. Vors. Schickel wirft ein, dass ein Lesegerät mit Tastatur ca. 100 € koste und natürlich teurer sei, als ein Gerät ohne Tastatur, was Frau Paul bestätigt.

Er möchte außerdem wissen, ob es einen run auf den alten Personalausweis gegeben habe. Auch dies bestätigt Frau Paul. Die alten Ausweise durften getauscht werden, wenn sie innerhalb der nächsten 3 Wochen abgelaufen wären. Sehr viele Menschen, die schon seit Jahren keinen Ausweis mehr hatten, hätten sich jetzt einen alten ausstellen lassen.

Der Antrag hat durch die Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0098 10-F-02-0011

Hochwassereinsatz in Görlitz

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 25.08.2010 -

Herr Hagen hat einen umfangreichen Bericht zu dem Antrag erstellt, der den Ausschussmitgliedern vor der Ausschusssitzung zur Verfügung gestellt wurde. Er berichtet, dass man mit der Partnerstadt dauerhaften Kontakt halte. Es gäbe in der BRD nur 100 Berufsfeuerwehren und die Leiter kennen sich untereinander. Die Wiesbadener Berufsfeuerwehr habe immer den Überblick über die Lage in Görlitz gehabt. Die Technik wurde von der Werksfeuerwehr Infraserb zur Verfügung gestellt, die personelle Unterstützung hat die Berufsfeuerwehr Wiesbaden übernommen. Er sei selber überrascht gewesen, dass keine höheren Kosten entstanden seien (1.800 €). Man müsse aber auch berücksichtigen, dass die Wiesbadener Feuerwehrleute in Görlitz kostenlos gewohnt hätten und auch versorgt worden seien.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Das Benzin für die Pumpe hätte Görlitz gezahlt. Die Mitarbeiter der Feuerwehr würden bei solchen Einsätzen rund um die Uhr arbeiten und man benötige jetzt einige Zeit, um die Überstunden abzubauen. Eine Vergütung der Überstunden ist für die Feuerwehrbeamten nach seiner Aussage nicht so interessant. Sie sind eher an Freizeitausgleich interessiert. Es würden außerdem nur Freiwillige bei diesen Einsätzen eingesetzt, die die Bedingungen akzeptierten.

Alle Fraktionen bedanken sich bei Herrn Hagen für den Einsatz der Wiesbadener Berufsfeuerwehr bei dem Hochwasser in Görlitz und loben ebenfalls den vorgelegten Bericht, der auch in Bezug auf die Alltagsarbeit der Berufsfeuerwehr als sehr interessant empfunden wird.
Auch der Einsatz der Werksfeuerwehr von Infraserb sei bemerkenswert.

Der Antrag hat sich durch den vorgelegten Bericht und die heutige Aussprache erledigt.

Einstimmig

0099 09-F-01-0097

Öffentliche Toiletten / Verhandlungen mit Anbietern
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2009 -

Zu diesem Antrag sind Herr Zettlitz und Frau Kotzke anwesend.
Sie berichten, dass die Situation in Bezug auf öffentliche Toiletten in Wiesbaden nicht so ideal sei. Durch die Konsolidierungsmaßnahmen sei es nicht mehr möglich gewesen, ausgelaufene Verträge zu verlängern. Die Toiletten am Schiersteiner Hafen und am Biebricher Rheinufer blieben erhalten, 3 andere Toiletten kamen noch dazu (Neugasse, Schlossplatz und Theaterparkplatz).
Aktuell werden Automatikoiletten ausgeschrieben. Alle bisherigen Anbieter hätten Angebote abgegeben. Es werden 9 Standorte bestückt. Die Vergabeentscheidung fällt in der nächsten Woche. Danach wird eine Sitzungsvorlage eingebracht.

Stv. Manjura betont, dass man jahrelang initiativ war, um die Toilettensituation in Wiesbaden zu verbessern. Die jetzige Entwicklung sähe man positiv.

Stv. Bohrer fragt nach der Parkanlage Eleonorenstraße. Soll dort die ältere Anlage erneuert werden? Der Ortsbeirat bekäme regelmäßig Fotos von den schlechten Zuständen dort.

Herr Zettlitz berichtet, dass diese Anlage nicht mit einbezogen wird. In seinem Zuständigkeitsbereich lägen die Toiletten im öffentlichen Verkehrsraum. Die Toiletten in Parks, auf Spielplätzen, allen Anlagen mit hoher Freizeitnutzung sind in dem Konzept nicht berücksichtigt worden.
Die neuen Toiletten werden von Werbepartnern angeboten, die durch Werbung Einnahmen erzielen.

Stellv. Vors. Schickel fragt nach der Maarau. Gibt es hier Überlegungen, die Situation zu entspannen, denn die Leute gingen ins Gebüsch. Er hätte auch gern eine Schätzung zu den Kosten für eine Toilette.

Frau Kotzke berichtet, dass es spezielle Übertragungsvereinbarungen gibt. Die alten Toiletten blieben bestehen, bis es neue gäbe. Auch sie bestätigt, dass nur Toiletten auf öffentlichen Grundstücken einbezogen, die Parkanlagen dabei nicht berücksichtigt werden.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Zettlitz bestätigt, dass der Bedarf auf der Maaraue bekannt sei.

Die Höhe der Werbeeinnahmen sei noch nicht klar. Wenn es zusätzliche Bedarfe gäbe, müsste die Stadtverordnetenversammlung entsprechende Beschlüsse fassen. Dann könnte man mit den Werbepartnern Konditionen aushandeln.

In der entsprechenden Sitzungsvorlage aus dem Jahr 2007 gehe man von Kosten von ca. 60.000 € pro Toilette aus. Die jetzigen Angebote lägen aber darunter. Die Qualität habe sich außerdem verbessert.

Stv. Bohrer fragt nach den Reisinger-Anlagen und möchte gern wissen, wo der Unterschied zwischen den verschiedenen Anlagen liege. Man habe schon vor Jahren um Abhilfeschaufung gebeten. Es sei seiner Fraktion auch gleich, ob die Toilette mit oder ohne Werbeflächen bestückt sei. Seine Fraktion werde alle Fakten zusammenfassen und evtl. einen Antrag stellen.

Stv. Konaka weist darauf hin, dass es auch am Bahnhof Engpässe gäbe, denn die Bahnhofstoiletten würden um 22 Uhr geschlossen.

Nach Auskunft von Frau Kotzke ist keine weitere Toilette am Bahnhof geplant. Die Bahnhofstoilette werde von der Bahn betrieben und aus Sicherheitsgründen um 22 Uhr geschlossen.

Stv. Dumont du Voitel fragt nach, ob die Stadt Einfluss auf die Art der Werbung nehmen kann, was von der Verwaltung verneint wird.

Stv. Reiß fragt eine Übersicht über die in der Stadt aufgestellten Toiletten nach, die Herr Zettlitz dem Ausschuss zur Verfügung stellen wird.

Die Angelegenheit hat durch die Aussprache in der heutigen Sitzung ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

0100 10-F-01-0089

Integration braucht Integrationsbereitschaft
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.10.2010 -

Stv. Vors. Schickel begründet den Antrag und berichtet, dass Wiesbaden eine Vorbildfunktion habe. Was in der Presse abgedruckt wurde, könne man nicht einfach ignorieren. Er könne im Moment aber nur in der Möglichkeitsform sprechen. Wenn aber an den Anschuldigungen etwas dran sei, müsse man die rote Karte zeigen. Man könne nicht gegen die NPD vorgehen und Rechtsströmungen in türkischen Vereinen tolerieren. Man müsse auch die pädagogische Seite betrachten. Rechtsextreme pflanzten Jugendlichen z. B. Überheblichkeit ein. Die Leitkultur der Bundesrepublik ist im Grundgesetz verankert. Wenn sich die Anschuldigungen bewahrheiten, müsse man Konsequenzen ziehen, es dürften keine öffentlichen Gelder mehr fließen. Der Ausländerbeirat müsse Klarheit schaffen. Man wolle die Sache nicht unwidersprochen hinnehmen. Man wolle keine Hexenjagd, aber man müsse wissen, welche Erkenntnisse es bisher gäbe - man müsse genau hinschauen.

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Karipidou versteht die Intension des Antrages. Auch ihre Fraktion sehe die Angelegenheit mit Sorge. Sie ist davon ausgegangen, dass das zuständige Dezernat berichte, sie unterstütze aber den Antrag.

Stv. Müller schließt sich den Ausführungen von Stv. Karipidou an. Auch ohne Antrag hätte man über die Angelegenheit reden müssen. Er wurde in der letzten Zeit auf die Frage angesprochen, konnte aber selber nicht konkret auf die Frage antworten. Er habe selber nie so stark hinterfragt, welche Freiheiten man den Vereinen lasse.

Die Wiesbadener Linie führe häufig zu Missverständnissen. Man hatte sich auch vorgenommen, zu präzisieren. Was die Aufnahmegesellschaft verlange, ist auch nicht genauer behandelt worden. Die Integrationsvereinbarung ist mit religiösen Gruppen geschlossen worden; jetzt sei die Situation aber eine andere, es gehe nicht um den Islam.

Die Fragen zum Ausländerbeirat müssten noch präzisiert werden. Man wolle keine Aufgaben zuschießen und sich dann raushalten. Egal, wie sich der Ausländerbeirat positioniert - es gäbe keine Entlastung für das Stadtparlament.

Er bittet um eine sachliche Diskussion.

Stv. Bohrer wünscht sich eine differenzierte Vorgehensweise. Nicht nur die Grauen Wölfe seien das Thema, sondern auch der Ausländerbeirat als Institution gerate in ein merkwürdiges Licht. Der Ausländerbeirat als solcher sollte aber nicht beschädigt werden.

Stv. Vors. Schickel weist darauf hin, dass Herr Altiparmak zu dieser Sitzung eingeladen wurde, aber nicht teilnehmen wollte. Das Fernbleiben könne jetzt falsch interpretiert werden.

Herr Dogan nimmt Stellung, weil der Ausländerbeirat unmittelbar betroffen ist. Man begrüße den Antrag, weil Sachlichkeit die Grundlage sein solle. Der Ausländerbeirat distanzieren sich von jeder Form von Rassismus und Extremismus. Man werde mit dem Verein Gespräche führen und evtl. Konsequenzen ziehen. Am 07.11. werde der neue Ausländerbeirat gewählt.

Zu den Fördermitteln erklärt er, dass der Ausländerbeirat Mittel habe. In einer Kommissionssitzung werden die Gelder an ausländische Vereine verteilt. Die Satzung, der Antrag und ein Bericht über die Tätigkeiten des Fördermittel beantragenden Vereins liegen dem Ausländerbeirat vor.

Man habe einen Antrag von einem Verein erhalten, der in der Satzung festgeschrieben hatte, dass nur Menschen dieser Gruppe Mitglieder im Verein werden können. Dieser Verein wurde aus der Liste der zu fördernden Vereine genommen, weil sie mit diesem Passus gegen die Grundsätze des Ausländerbeirates verstoßen. Es seien 31 Mitglieder des Ausländerbeirats in der Kommission.

Lt. Frau Stadträtin Zeimetz ist der Antrag gut. Sie bittet aber darum, heute nur einen Zwischenbericht geben zu dürfen. Man befinde sich in einem Prozess, man habe mehrere Ebenen, die getrennt abgearbeitet werden sollten.

Man sei in den letzten Jahren vor und während der Erarbeitung der Integrationsvereinbarung sehr darauf konzentriert gewesen, die islamische Welt zu betrachten. Man habe jetzt die Lehre daraus gezogen, dass das nicht ausreichend sei.

Bei Rassismus und Extremismus müsse man mehr hinschauen. Man werde auch einen Weg finden, sich diesem Thema zu nähern.

Die nächste Ebene seien die Verfügungsmittel. Sie verweist dabei auf den Bericht von Herrn Dogan über die jahrelange Praxis der Vergabe der Mittel.

Die Mittelvergabe habe ihr schon länger nicht mehr gefallen. Sie habe den Auftrag erteilt, nach Veränderungsmöglichkeiten zu schauen, damit erst gar kein Rechtfertigungszwang entstehe. Eine Idee war, Geld für Projekte der Integration zu verausgaben, aber die restlichen Verfügungsmittel aus

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

2010 zunächst zurück zu stellen und mit dem neu gewählten Ausländerbeirat nach einem neuen Weg zu suchen.

Die Einwände gegen den Jugend- und Kulturverein seien vor 2 bis 3 Wochen hochgekommen und man habe mit der Spitze des Vereins gesprochen (Frau Zeimetz, Frau Rudolph und Herr Tischel). Man habe im Gespräch deutlich gemacht, dass wegen der Vorwürfe Probleme bestünden. In der kommenden Woche seien Gespräche mit dem Gesamtvorstand geplant. Da noch so viele Fragen offen seien, möchte sie jetzt keine Bewertung vornehmen. Der Verein sollte die Chance haben, selber Konsequenzen zu ziehen. Sie möchte vermeiden, dass das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Man wolle keine extremistischen Strömungen, sondern die Leute gewinnen, wolle einen Weg finden, die Leute zu überzeugen, dass sie hier angenommen sind.

Stv. Bohrer berichtet, dass z. B. bei der Vergabe von Tronc-Mitteln die Fraktionen durch die Dezernate beraten werden. Bei den Zuschüssen, die der Ausländerbeirat vergibt, könnte man ähnlich verfahren.

Herr Dogan weist darauf hin, dass der Ausländerbeirat die Zuschüsse autark vergebe.

Stv. Dr. Michna geht davon aus, dass man ein Problem habe. Er dankt den engagierten Wiesbadener Zeitungen, die die Diskussion angestoßen haben. Dies sei aber eigentlich nicht Aufgabe der Presse. Man müsste ein System finden, Extremisten zu enttarnen. Ihn würde in Bezug auf die Fördergelder interessieren, wie andere Kommunen dies lösen (Ausländerbeirat allein, in Kooperation mit der Stadt o. a.).

Stv. Manjura stellt klar, dass man nicht befürchtet habe, dass heute im Ausschuss nicht über das Thema berichtet werden würde, aber die Fraktionen dürften Anträge stellen. Er hat folgende Fragen:

- Habe man vor 2 oder 3 Jahren den Verein schon einmal angesprochen?
- Gibt es Erkenntnisse, dass ein Verein vor Ort Integrationsarbeit macht, aber in einem Dachverband mit anderer Ausrichtung Mitglied ist?
- Wurde der Dachverband schon thematisiert?

Herr Tischel berichtet dazu, dass man vor 2 oder 3 Jahren schon Hinweise hatte und am Verein dran war. Frau Rudolph hätte damals Gespräche geführt. Der Verein wurde auf den Verdacht hingewiesen und sollte dazu Stellung nehmen. Dies ist nicht geschehen. Man habe aber dann versäumt, nach zu haken.

Als Erklärung dazu führt er an, dass man über 2,5 Jahre an der Integrationsvereinbarung gearbeitet habe und der Augenmerk auf den Islam gelegt hatte.

Man habe außerdem immer versucht, die Wiesbadener Vereine und nicht den Dachverband zu sehen. Die Ausrichtung des Dachverbandes habe man nicht hinterfragt. Es könne natürlich sein, dass der Wiesbadener Verein nicht negativ aufgefallen sei, der Dachverband aber anders ausgerichtet sei. Man habe aber keinerlei Beschwerden erhalten.

Es gäbe nirgendwo Lehrbücher, wie man Integration betreiben solle. Man könne auch nicht jedes Mal den Verfassungsschutz fragen, dürfe auf der anderen Seite nicht zu ungeschützt sein.

Zu dem Dachverband der Grauen Wölfe gebe es jetzt Hinweise, dass es Verbindungen gäbe. Man müsse aber aufpassen. Man habe mit 3 Herren gesprochen. Aber nach einem Gespräch sei noch lange nichts geklärt. Er selber habe schon den Verdacht, dass es Verbindungen zu den Grauen Wölfen gäbe. Deswegen wolle man aber auch das Gespräch mit dem gesamten Vorstand. Man habe große Aufgaben vor sich. Der Verein bestünde aus mehr als 100 Personen. Sicher hätten nicht alle mit den Grauen Wölfen zu tun. Nein zu den Grauen Wölfen sei schnell gesagt, aber damit sei das Problem ja nicht gelöst.

**Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Vors. Schickel findet die Darstellung nachvollziehbar, hätte es gern aber einen Schritt konkreter. Nach seiner Kenntnis pflegt die MHP Kontakte zur NPD. Nach seiner Auffassung sitze man auf einem Pulverfass, man könne keinen Extremismus tolerieren, aber die Gespräche sollten abgewartet werden.

Stv. Müller beantragt zur Geschäftsordnung, den Antrag der FDP in die jetzige Beratung mit einzubeziehen. Der Ausschuss ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Stv. Dumont du Voitel begründet den FDP-Antrag. Der Antrag beziehe sich nicht konkret auf einen Verein, sondern zielt auf das gesamte Vergabeverfahren ab. Man müsste insgesamt ein neues Verfahren überlegen, die Satzung der Vereine prüfen, also eine Reihenfolge von Prüffakten festlegen und dann erst städtische Mittel verausgaben.

Stv. Konaka wirft ein, dass die Dezernentin viel geredet habe, ohne etwas zu sagen. Sie sieht den Integrationsprozess in Gefahr. Sie fragt nach, welche Aufgaben man den Gesprächspartnern konkret mitgegeben habe.

Sie schätze Salih Dogan, aber wie könne er auf der Liste mit diesen Leuten stehen. Sie wünscht sich eine Klärung und weist auf die bevorstehende Ausländerbeiratswahl hin. Die Gespräche sollten eingestellt werden, man habe soviel erreicht.

Im Kurier stünde so viel und niemand würde dementieren. Sie hätte den Kurier angezeigt, wenn die Äußerungen dort nicht wahr seien. Das Schweigen beunruhige sie.

Frau Stadträtin Zeimetz sieht die Integrationsarbeit in Wiesbaden nicht als gefährdet an. Dass sie mit vielen Worten nichts gesagt habe sei eine Politikerkrankheit. Man müsse in einem Gespräch den Fortgang offen halten, eine Chance auf Weiterführung geben. Ein Gespräch sei keineswegs ausreichend, dazu sei die Problematik viel zu vielschichtig.

Herr Dogan stellt klar, dass man ganz klar zwischen dem Verein und der Liste unterscheiden müsse. Wenn es die Liste des Vereins wäre, würde man uns sagen können, was wir zu tun und zu lassen haben. Er sei seit 7 Jahren Vorsitzender und niemand könne sagen, dass er rechtsextrem sei. Von keiner Person sei ihm bekannt, dass sie antidemokratisch o. ä. sei.

Stv. Vors. Schickel möchte für heute die Diskussion beenden. Der SPD-Antrag würde aufrechterhalten.

Ob man lt. Stv. Karpidou den Verein und den Dachverband trennen könne, müsse man klären. Sie sähe Probleme. Sie interessiert, wie man mit dem Verdacht, der vor 2 oder 3 Jahren aufkam, umgegangen ist, wie der Ausländerbeirat selber damit umgegangen sei. Sie ist dafür, dass der Ausländerbeirat die jetzigen Gespräche unterstützt.

Sie möchte außerdem wissen, wieso so wenige Vereine Zuschüsse erhalten. Wissen alle Vereine, dass es Zuschüsse gibt?

Lt. Herrn Dogan gehe man nicht aktiv auf Vereine zu. Aber im Internet seien Antragsformulare zu finden. Man könne auch nicht genau sagen, welche Vereine es überhaupt gibt.

Stv. Bohrer befriedigt die Antwort von Herrn Tischel auch nicht. Wenn ein Verein Mitglied in einem Dachverband ist, muss das doch einen Grund haben. An Herrn Dogan gerichtet erklärt er, dass er selber über eine Wählergruppe gewählt wurde. Dort könnten alle kandidieren. Man käme aber nie auf

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

die Idee, eine Person aufzunehmen, die Mitglied einer Organisation ist, die ganz andere Ideen vertritt. Es stellt sich schon die Frage, ob auf der Liste von Herrn Dogan Mitglieder der Dachorganisation sind. Zu dem FDP-Antrag habe er Bedenken, weil er etwas unscharf formuliert ist. Es gäbe auch Sportvereine, die städtische Mittel erhalten. Sollen jetzt nur Gruppen, die Sprachkurse geben oder auch die, die Fußball spielen mit einbezogen werden.

Lt. Stv. Dumont du Voitel sind alle Vereine gemeint.

Stv. Manjura hält es für sinnvoll, dass Dezernat VII die Anträge schriftlich beantwortet. Der Antrag wird dann wieder aufgerufen. Er betont, dass er sich über die Art und Weise der Diskussion sehr freue. Auch er hätte gern den Vorsitzenden der Jugend- und Kulturvereins hier gehabt; er könne aber seine Absage verstehen. Man sollte niemandem vorwerfen, dass er rechtsextrem sei -darüber muss gesprochen werden.

Im Kurier stand zwar, dass alle Vorwürfe bestätigt worden seien. Dies sieht aber nach dem jetzigen Gespräch anders aus.

Für Stv. Müller ist die heutige Diskussion sehr befruchtend, auch wenn es auf alle Fragen noch keine Antwort gegeben hat.

Die jetzige Vergabe von Beiratsmitteln ist an die Erfüllung bestimmter Kriterien geknüpft. Er ist aber der Auffassung, dass es auch noch andere Vereine gibt - da müsste ein anderer Weg gefunden werden.

Nach dem 11. September habe man sein Augenmerk auf den Islam gelenkt. Man müsse jetzt aber einen Weg finden, in die Vereine hineinzuschauen. Es müsse Offenheit herrschen.

Er könnte sich vorstellen, dass jetzt eine Integrationsvereinbarung II geschlossen wird mit allen Gruppen, die sich freiwillig dazu melden und nur diese können dann auch Mittel bekommen.

Die Vorwürfe gegen den Biebricher Verein müssen natürlich geklärt werden. Aber für die Zukunft und ganz allgemein müsse man nach Mitteln suchen, die jenseits von Verfassungsschutz und Strafrecht liegen, um mit dem Problem umzugehen.

Auch Herr Nasri sei gebeten worden, sich in Bezug auf Hassprediger zu erklären.

Eine Diskussion dürfe man nicht abschneiden, sondern man müsse im Gespräch bleiben. Man brauche eine strukturelle Änderung.

Stv. Vors. Schickel fasst zusammen, dass die mündlichen Berichte zur Kenntnis genommen werden und der Antrag in der nächsten Sitzung wieder zum Aufruf kommt.

Einstimmig

0101 10-F-05-0005

Einsicht in die Strukturen von Vereinen / Vereinigungen, die städtische Mittel mit dem Zweck der Integrationsförderung erhalten
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 25.10.2010 -

Diskussion siehe unter Beschluss Nr. 0100

gegen Linke Liste angenommen

**Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0102 10-F-01-0090

Auftritt des Predigers Abu Hamza am 9. Oktober 2010
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.10.2010 -

Stv. Vors. Schickel begründet den Antrag. Es scheint nach seiner Auffassung ein Ausweg zu sein, unter freiem Himmel zu tagen. Dadurch muss die Veranstaltung zwar angemeldet aber nicht genehmigt werden. Er hätte gern gewusst, ob dieser „Vogel“ die Veranstaltung überhaupt angemeldet hat. Er geht davon aus, dass junge Menschen sicher anfällig sind für solche Prediger. Die Möglichkeiten, etwas dagegen zu unternehmen seien begrenzt.

Stv. Reitz bestätigt, dass das, was bei einer solchen Veranstaltung geredet wird, schon unruhig macht.

Stv. Dr. Michna teilt alle bisherigen Aussagen. Er hofft, dass gemäßigte Verbände gegen solche Prediger vorgehen. So jemand dürfe nicht geduldet werden. Muslimische Verbände müssten noch klarer Stellung zu solchen Predigern nehmen.

Stv. Coigné möchte vermeiden, dass Vorbehalte gefördert werden, versteht aber die Intension des Antrages. Man hätte die Fragen aber auch als Anfrage an den Magistrat stellen können und hätte dies nicht in Form eines Antrages machen müssen.

Frau Stadträtin Zeimetz betont, dass sie dankbar für diesen Antrag ist. Sie kann nicht begreifen, dass so ein „Vogel“ auch noch durch Talkshows ziehen darf. Man habe sofort reagiert, als Vogel in Kostheim eingeladen war. Man habe mit dem Vorsitzenden gesprochen, der ihn wieder ausgeladen habe und dies auch öffentlich gemacht hat.

Die jetzige Veranstaltung war von jemand anderem angemeldet worden. Über die Ausladung in Kostheim war Vogel verärgert und hat die Integrationsvereinbarung in den Dreck gezogen. Zunächst war der Schlossplatz als Veranstaltungsort angemeldet worden, dann das Dornsche Gelände. In den Reisinger-Anlagen hätten sich dann rd. 400 Menschen versammelt. Die Mitarbeiter/innen ihres Dezernates waren vor Ort. Es seien wenig Wiesbadener dort gewesen, so dass die Vermutung nahe liegt, dass ein Großteil der Teilnehmer angelockt worden seien.

Herr Tischel berichtet weiter, dass die Versammlung nur anzeigepflichtig war. Es gab eine 1. Anmeldung, die zurückgezogen wurde, dann kam eine 2. aus Hanau (Veranstalter EZP = Einladung zum Paradies).

Die Veranstaltung habe dann in den Reisinger-Anlagen nahe der Bushaltestelle stattgefunden. Sollte es noch einmal zu einer solchen Veranstaltung dort kommen, würde man versuchen, das Ganze mehr in die Mitte zu legen. Es seien überwiegend junge Männer anwesend gewesen, die das Ganze lustig fanden. Es sei 2,5 Std. darum gegangen, dass junge Frauen verschleiert sein müssen. Es habe aber wenig Vollverschleierte dort gegeben. Lt. Vogel sei man schon nahe an der Prostitution, wenn man nicht verschleiert gehe.

Bei der Veranstaltung habe man versucht, eine strikte Geschlechtertrennung zu praktizieren, was aber von den Ordnungskräften strikt unterbunden wurde.

Von Vogel sei er enttäuscht gewesen, er koche auch nur mit Wasser. Er hat deutlich gemacht, dass er sauer auf Wiesbaden ist. Man habe eine Liste von Moscheevereinen erstellt, wo Vogel nicht mehr auftreten darf. Manche Jugendliche seien sauer gewesen, dass ihr Verein auf der Liste steht.

Die Zeit bis zur Veranstaltung war sehr kurz, sonst hätte man noch etwas gegen Vogel organisieren können (Herr Nasri hatte dies zugesagt).

**Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vogels Reden seien ihm wie auswendig gelernt vorgekommen. Es sprach niemand dagegen, was Vogel die Sache erleichtert hat. Es sei eine ganz abgezockte Choreographie gewesen. Man habe die Veranstaltung zwischendurch unterbrochen, weil etwas an der Tankstelle besorgt werden sollte. In dieser Zeit habe man gen Mekka gebetet. Da es sich um Religionsausübung gehandelt habe, habe man dies laufen lassen.

Stv. Vors. Schickel wirft ein, dass nach Aussagen von Dr. El Hossny „die größten Schädiger unserer Religion die Halbgebildeten seien“.

Der Antrag ist durch die heute geführte Aussprache erledigt.

Einstimmig

0103 10-F-02-0035

Lebenssituation älterer Migranten
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 27.10.2010 -

Stv. Karpidou begründet den Antrag.

Stv. Dumont du Voitel fragt nach, warum kein deutscher Ausdruck verwendet wurde.

Frau Rudolph berichtet zum aktuellen Stand:

Es besteht eine Kooperation mit der Hochschule Rhein-Main. Caritas, Ausländerbeirat, die Ämter 12, 33 und 51 seine im Boot, ebenso gäbe es Unterstützung durch KUBIS, den Bauhof, die Lotsen u. v. a. m.

Die Ergebnisse seien aber noch nicht ausgewertet. Es seien sehr viele Interviews geführt worden. Ende Januar ist das Forschungsergebnis avisiert.

Herr Simon berichtet, dass 275 Interviews in Biebrich geführt wurden, die Befragung im Westend läuft noch. Die Auswertungen erfolgen mit der Hochschule Rhein-Main gemeinsam. Man könnte aus Sicht der Stadtforschung oder auch lokal interessierende Fragen auswerten. Mit den Ergebnissen ist Anfang des Jahres zu rechnen.

Der Antrag hat durch die heutige Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0104 10-F-07-0026

Soziale Probleme am Schlachthof
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 24.08.2010 -

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Dieser Antrag wurde auch im Sozialausschuss diskutiert. Der Sozialausschuss hat einen geänderten Beschluss vorgelegt, der vom Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration übernommen und der Stadtverordnetenversammlung als Beschlussempfehlung vorgelegt wird.

Enth. Linke Liste

0105 10-F-29-0001

Humanitäre Sprechstunde
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2010 -

Dieser Antrag aus der Stadtverordnetenversammlung ist dem Ausschuss zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt worden.

Stv. Müller begründet den Antrag und weist darauf hin, dass einen Teil der Gesellschaft gäbe, der keine ärztlichen Leistungen in Anspruch nehmen könne, weil er keinen geregelten Aufenthaltsstatus habe. Gerade bei Kindern sei das schwierig, ebenso bei Operationen, Vorsorgeuntersuchungen usw. Ärzte hätten eine Anzeigepflicht und hätten sich mit der Behandlung schwer getan. Die Situation sei ähnlich wie beim Schulbesuch, wo der Schulleiter hätte Anzeige erstatten müssen. Jetzt könne die Lücke geschlossen werden. Es gäbe 2 Varianten - man suche einen Träger außerhalb oder das Gesundheitsamt wird tätig. In Frankfurt seien 2 Ärzte für die Versorgung zuständig, die Überweisungen würden im Vorfeld ausgestellt. Die Stadt übernimmt dort die Kosten. In Mainz würden Medizinstudenten die Aufgabe übernehmen. Er schlägt vor, ein Konzept anzufordern und anhand dieses Konzepts das weitere Vorgehen zu diskutieren.

Stv. Manjura signalisiert, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde.

Stv. Dumont du Voitel unterstützt den Antrag ebenfalls, fragt aber nach, was passieren soll, wenn Anzeichen von Verbrechen sichtbar werden. - Hier wird es weiterhin zu Anzeigen kommen.

Stv. Müller weist darauf hin, dass Menschen ohne Aufenthaltsstatus durchaus einen Beitrag leisten sollten, dies müsse aber vor Ort entschieden werden. Die Versorgung ist also nicht immer kostenlos, sondern richtet sich danach, was die/der Betreffende leisten kann.

Stv. Coigné beantragt die getrennte Abstimmung.

Stadträtin Zeimetz weist darauf hin, dass man mit dem Gesundheitsamt vereinbart habe, dass dort geimpft wird. Sie neige auch ganz allgemein zum Gesundheitsamt. Hier sollten alle, die keinen Versicherungsschutz haben, versorgt werden.

Der Bericht /das Konzept bleibt abzuwarten.

getrennte Abstimmung:
Abs. 1 bei Enth. Linke Liste angenommen
Abs. 2 einstimmig

Seite 13 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0106 10-A-21-0002

Konkrete Schritte hin zur Städtepartnerschaft mit Fatih
- Antrag des Ausländerbeirates -

Stv. Vors. Schickel berichtet, dass der Arbeitskreis eine Empfehlung erarbeitet habe, die den beteiligten Fraktionen zur Verfügung gestellt wurde. Dieses Arbeitspapier soll auch an BLW und Linke Liste übersandt werden. Ziel ist es, den Empfehlungsbeschluss im Arbeitskreis im nächsten Sitzungszug mit den Ergänzungen der Fraktionen erneut zu diskutieren und dann der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Auf Nachfrage von Stv. Reitz, ob mit der Stadt Bursa Kontakte geplant sind, da das Land Hessen mit dieser Stadt in Kontakt steht. Dazu gibt es keine Erkenntnisse.

Einstimmig

0107 10-A-21-0003

PIWi auf der www.wiesbaden.de-Seite

Die Anregungen des Ausschusses sind auf der [wiesbaden.de](http://www.wiesbaden.de)-Seite umgesetzt worden. Dadurch ist die Angelegenheit erledigt.

Stv. Coigné gibt zu Protokoll, dass ihre Fraktion nach wie vor bemängelt, dass das Abstimmungsverhalten der Fraktionen in Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung nach wie vor nicht erkennbar ist.

Einstimmig

0108 10-F-25-0066

Präventionsarbeit in Wiesbaden
- gem. Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.06.2010
-

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0109 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

Seite 14 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0110 10-F-02-0010

Sicherheit bei Großveranstaltungen

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 25.08.2010 -

Herr Tischel berichtet, dass es ein Gespräch zwischen dem Hochbauamt, der Feuerwehr, den Rettungsdiensten, der Polizei, dem Leiter der Kurbetriebe u. a. gegeben habe.

Ergebnis ist, dass ein Vorfall wie in Duisburg hier nicht vorstellbar ist. Dort habe es einen enormen Druck auf die Stadt gegeben. Die Ämter hier würden dem Druck nicht nachgeben. Die Genehmigungen hier in Wiesbaden würden auf hohem Niveau erteilt. Man dürfe sich aber auch hier nicht zu sehr in Sicherheit wiegen, denn 100%ige Sicherheit gäbe es auch hier nicht. So sei es z. B. beim Weinfest zu bestimmten Zeiten sehr voll.

Man habe sich vorgenommen, ein strenges Raster auf die Veranstaltungen in Wiesbaden zu legen. Man wolle einen Leitfaden erstellen. Die 1. Verantwortung liege aber bei dem Veranstalter. Herr Wossidlo habe vorgeschlagen, die Verantwortlichen der Stadt noch stärker vor Ort einzusetzen.

Wie man aber den massiven Andrang z. B. beim Weinfest verhindern will, erschließt sich stv. Vors. Schickel nicht.

Lt. Herrn Tischel gäbe es zwar keine Einzäunung und jeder könne fliehen, aber bei einer Panik sei dies schon schwierig. Ein Restrisiko bliebe.

Der Antrag hat seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0111 10-F-25-0040

DeutschSommer

- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.04.2010 -

Stadträtin Zeimetz berichtet, dass 34 Kinder bei dieser Veranstaltung gewesen seien und die Vorbereitungen für das nächste Jahr liefen schon. Man werde versuchen, die Eltern mehr einzubinden.

Einige Stichworte zu der Veranstaltung werden von Frau Zeimetz dem Ausschuss und den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

Seite 15 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0112 Bericht der Dezernentin

Stadträtin Zeimetz lobt das Amt 33, das in der letzten Zeit enorm viel geleistet hat.

Einstimmig

0113 10-V-33-0006

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben 2011

Einstimmig

0114 10-V-30-0017

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII (Kloppenheim/Heßloch)

Einstimmig

0115 Verschiedenes

Der Ausschuss wird nach der letzten Sitzung in diesem Jahr gemeinsam den Weihnachtsmarkt aufsuchen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .11.2010

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spallek

Karipidou

Koba

Seite 16 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 02. November 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--
